

18 000

29.5.68

## streikten und demonstrierten

In der DGB-Kundgebung auf dem Römerberg gegen die Notstandsgesetze  
Zehntausende Arbeiter in Bochum, Mannheim, Köln, Bremen, Gießen, Hanau,  
Offenbach und vielen anderen Städten streikten ebenfalls.

Das ist die Sprache, die in Bonn verstanden wird.

In den vergangenen Wochen wurde in vielen Betrieben die Forderung nach  
politischem Streik gegen die Notstandsgesetze an die Gewerkschaften gestellt  
und durch Warnstreiks bekräftigt. So kamen die Protestkundgebungen zustande,  
obwohl sich der DGB-Bundesvorstand gegen den politischen Streik aussprach.

Manche Kollegen blieben noch in den Betrieben. Sie befürchten Lohnausfall.

Der Lohnausfall, den wir hinnehmen müssen, wenn wir heute gegen die Notstands-  
gesetze streiken ist unbedeutend gegenüber den Verlusten, die uns unter den  
Notstandsgesetzen durch Dienstverpflichtung und Streikverbot drohen

• Völlt Ihr, daß Euer Auto beschlagnahmt, Eure Frau dienstverpflichtet wird?

Manche Kollegen befürchten den Verlust des Arbeitsplatzes.

Die Unternehmen drohen heute mit Entlassungen als Druckmittel gegen politische  
Streiks. Morgen werden sie uns aussperren und Bundeswehr einsetzen, wenn wir  
für höhere Löhne streiken.

Wenn eine Belegschaft heute geschlossen streikt, ist der Unternehmer machtlos.  
Selbst gegen eine Abteilung kann er nichts ausrichten.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Heute und morgen müssen die Arbeiter und Angestellten ihre Grundrechte selbst  
verteidigen.

Die Proteststreiks haben schon jetzt die Notstandsplaner in Unruhe versetzt.

Das wichtigste Mittel zur Verteidigung unserer Rechte ist

HEUTE UND MORGEN . . . . .  
PROTESTSTREIKS GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE!

Herausgeber: Aktionsgemeinschaft gegen die Notstandsgesetze  
Verantwortlich: Freyelsen, 6 Flm., Gerhart Hauptmann-Ring 40 Druck: Astra W. Dierker

STREIK